Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 25 (2005)
Heft: 48

Artikel: Europäische Union: ziviler oder imperialer Globalisierungsakteur?
Autor: Beckmann, Martin / Bieling, Hans-Jürgen
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-651925

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Martin Beckmann / Hans-Jürgen Bieling

Europäische Union: ziviler oder imperialer Globalisierungsakteur?

Vor dem Hintergrund des Irak-Kriegs und verschärfter Spannungen im transatlantischen Verhältnis wurde von linksliberalen Intellektuellen wie Jürgen Habermas (2003), Jeremy Rifkin (2004) oder Richard Rorty (2003) die Europäische Union als welt- und sozialpolitische Alternative zu den USA ins Spiel gebracht. Auf dem Feld der Weltpolitik stünden die Europäer für eine Strategie des Multilateralismus und hätten daher ein Gegengewicht zur unilateralen US-Politik zu bilden. Gleichzeitig repräsentiere Europa ein Gesellschaftsmodell, in dem sozialer Ausgleich einen hohen Stellenwert genieße. So wird darauf verwiesen, dass in Kontinentaleuropa ein Kapitalismusmodell entstanden ist, das auf kooperativen und langfristigen Beziehungen beruht, den Arbeitnehmern Mitspracherechte einräumt und viele Bereiche der Gesellschaft nicht nach marktförmigen, sondern politisch-sozialen Kriterien gestaltet. Diese Form des sozial eingebetteten Kapitalismus markiert für viele eine attraktive Alternative zum globalen, US-dominierten „Turbokapitalismus". In ihrem Aufruf zur Kritik am US-Krieg gegen den Irak beziehen sich Jürgen Habermas und Jacques Derrida (2003) daher positiv auf die Tradition „europäischer Wohlfahrtsregime", und Jeremy Rifkin (2004) sieht in der EU einen möglichen Akteur, der gegen die sozialen und ökologischen Verwerfungen des globalisierten Kapitalismus und die grenzenlose Kommerzialisierung aller Lebensbereiche ein globales gesellschaftliches Alternativmodell darstelle.

Genauer betrachtet ist diese Selbst- und Fremdbeschreibung der EU als eine der neoliberalen Globalisierung entgegenstehenden Kraft jedoch recht fragwürdig. Globalisierung, europäische Integration, nationalstaatliche Kapitalismen und die regionale Ebene bilden schließlich keine antagonistischen Gegensätze, sondern markieren Teilaspekte einer widersprüchlichen Gesamtheit, die von einem Umbruch gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und Regulationsweisen geprägt ist (Beckmann et al. 2003). In Westeuropa wird die kapitalistische Globalisierung seit den 1980er Jahren verstärkt über die politischen Projekte der europäischen Integration, in erster Linie durch den EG-Binnenmarkt, die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und Finanzmarktintegration vermittelt und konkretisiert. Der intensivierte und beschleunigte Prozess der Marktliberalisierung hat dabei zur Folge, dass die Privatisierung gefördert wird, die tradierten wirtschaftspolitischen Instrumente – wie z.B. die Geld- und Finanzpolitik – der demokratischen Kontrolle entzogen werden und die nationalen Wohlfahrtssysteme und Arbeitsbeziehungen unter einen wettbewerbsorientierten Anpassungsdruck geraten (Bieling/Schulten 2003).

Die EU fördert und organisiert jedoch nicht nur die Globalisierung „nach innen", sondern tritt seit den 1990er Jahren verstärkt auch „nach außen" als Globalisierungsakteur auf. Mit dem EG-Binnenmarkt und der WWU verfügt die EU über eine beträchtliche Wirtschaftskraft, die vermittelt über die Strategien von Regierungen, europäischen Institutionen und Transnationalen Konzernen (TNKs) auch zunehmend einen globalen politischen Ausdruck findet. Dies gilt insbesondere für die – schon seit längerem – relativ stark vergemeinschaftete internationale Handelspolitik und die WTO, mit der Einführung des Euro bedingt aber auch für die internationale Währungs- und Finanzmarktpolitik. Darüber hinaus konnte die EU im Zuge der Osterweiterung das sie tragende Integrationsmodell – die politisch-institutionellen Verfahren und den gesamten Bestand rechtlicher Vereinbarungen, den sogenannten acquis communautaire – auf die neuen Mitgliedstaaten übertragen (Bohle 2003). Einige Mitgliedstaaten sind zudem bestrebt, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) bzw. Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) zu stärken und durch konzeptionelle Vorstöße – z.B. die Papiere zu „Wider Europe" oder zur Europäischen Sicherheitsstrategie (European Commission 2003, Europäische Sicherheitsstrategie 2003) – weiter zu profilieren. Kurzum, nicht nur wirtschafts–, handels- und finanzpolitische, auch außen- und sicherheitspolitische Entwicklungen deuten darauf hin, dass die EU über ihren eigenen Rechtsraum hinaus die Weltökonomie und Weltpolitik aktiv zu strukturieren versucht und dabei auch auf Instrumente einer weichen und informellen Macht- und Geopolitik zurückgreift.

Integrationsprozess und Globalisierungsdynamik

Diese jüngeren expansiven Tendenzen haben ihrerseits nun freilich zur Voraussetzung, dass die europäische Integration im Laufe der 1980er und 1990er Jahre einen qualitativen Wandel vollzogen hat. Der gemeinsame Markt und die supranationalen Institutionen haben zwar grundsätzlich noch immer die Funktion, zwischen der unterschiedlichen Reichweite des ökonomischen und des politischen Funktionsraumes – zwischen Weltmarkt und Nationalstaat – zu vermitteln (Statz 1989, 16). Im Vergleich zu früher haben sich inzwischen jedoch die Ziele, Kriterien und Instrumente der „Vermittlung" – und damit auch der Charakter der europäischen Integration – erheblich gewandelt. In den Nachkriegsjahrzehnten bildeten die europäischen Arrangements eine zusätzliche Vermittlungsebene innerhalb der globalen Konstellation des „embedded liberalism" (Ruggie 1982), in der handelspolitische Liberalisierungen mit einer politischen Regulierung der Finanzmärkte durch feste Wechselkurse und Kapitalverkehrskontrollen verknüpft wurden. Die sektorale Integration im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und Gemeinsamen Agrarpolitik blieb hochgradig reguliert, und der Dienstleistungssektor wurde allenfalls

partiell dem grenzüberschreitenden Wettbewerb ausgesetzt. Zudem kam es im Rahmen der Zollunion zu keiner wirklichen Liberalisierung der Kapital- und Kreditmärkte, und so manche Krise konnten die nationalen Regierungen durch Rückgriff auf das Instrument der Wechselkursanpassung abfedern. Insgesamt trug der gemeinsame Markt dazu bei, das Wirtschaftswachstum und die Produktivitätsentwicklung zu stimulieren. Kurzum, der Integrationsprozess initiierte nur eine begrenzte Öffnung der nationalen Wirtschaftsräume und stärkte indirekt zugleich die nationalen fordistischen Entwicklungspfade und Muster der wohlfahrtsstaatlichen Regulation (Ziltener 1999, 123f.).

Mit dem Integrationsschub ab Mitte der 1980er Jahre wurde diese Entwicklungskonstellation grundlegend neu definiert. Die forcierte Markt- und Währungsintegration führte dazu, dass nun – über Fragen des grenzüberschreitenden Handels im engeren Sinne hinaus – auch Sachgebiete vergemeinschaftet wurden, die vorher in den ausschließlichen Kompetenzbereich der Nationalstaaten fielen (Bieling/Deppe 2003). Um einen integrierten Wirtschaftsraum zu schaffen, wurden viele der sogenannten nicht-tarifären Handelshemmnisse beseitigt, weite Bereiche des öffentlichen Dienstleistungssektors (teil-)privatisiert oder marktkonform reorganisiert, die Kapital- und Kreditmärkte sukzessive liberalisiert, Initiativen für einen gemeinsamen Markt zur Unternehmenskontrolle – d.h. der grenzüberschreitenden Abwicklung von Fusionen und Übernahmen – ergriffen, die Geld- und indirekt auch die Finanzpolitik vergemeinschaftet und – innerhalb der WWU – der Wechselkursmechanismus abgeschafft. Für die nationalen Entwicklungsmodelle haben all diese Schritte weitreichende Implikationen. Die geld- und finanzpolitischen Vorgaben der WWU haben die wirtschaftlichen Spielräume beträchtlich eingeengt; zumal in Verbindung mit der beschleunigten Marktintegration eine grenzüberschreitende Wettbewerbsdynamik in Gang gesetzt wurde, die den Deregulierungs- und Privatisierungsdruck im Bereich der Arbeitsmärkte, Sozialsysteme und öffentlichen Dienstleistungen zusätzlich erhöht. Durch die „offene Methode der Koordination" (OMK), die über Leitlinien und Benchmarking-Verfahren die wettbewerbsorientierte Reorganisation politisch vermittelt, werden diese Tendenzen allenfalls modifiziert, nicht aber gebremst und aufgehoben. Die Europäische Union trägt demzufolge kaum noch dazu bei, die nationalen Entwicklungspfade zu stabilisieren, sondern treibt statt dessen deren Reorganisation ganz im Sinne der neoliberalen Globalisierungsdynamik aktiv mit voran.

In den 1980er Jahren hatte es dabei zunächst noch den Anschein gehabt, als könnte der Integrationsschub dazu genutzt werden, alternative politische Konzeptionen zu realisieren. Vor nicht allzu langer Zeit konkurrierten mit Blick auf die Markt- und Währungsintegration noch drei verschiedene strategische Optionen (van Apeldoorn 2000, 200f.): eine neo-merkantilistische Strategie, die vor allem von den französischen, auf die nationalen

oder europäischen Märkte beschränkten Industrieunternehmen vertreten wurde und mit der die Erwartung verbunden war, sich durch eine starke gemeinsame Industrie–, Handels- und Währungspolitik dem globalen Wettbewerb partiell entziehen zu können; eine sozialdemokratische Strategie, die sich über die Markt- und Währungsintegration für die sukzessive Fortentwicklung der sozialen Dimension aussprach und die von Teilen der Europäischen Kommission, der Gewerkschaften und politischen Linken gestützt wurde; und eine neoliberale Strategie, die von einigen Regierungen, Finanzunternehmen und TNKs verfochten wurde, um durch die Intensivierung des grenzüberschreitenden Wettbewerbs den Druck zur Deregulierung, Flexibilisierung und Privatisierung der nationalen wohlfahrtsstaatlichen Arrangements zu erhöhen.

In einer rückblickenden Zwischenbilanz müssen die neo-merkantilistische und auch die sozialdemokratische Option als weitgehend gescheitert betrachtet werden. Industrie- und auch sozialpolitisch gleicht die EU eher einer „ruined fortress" (Cafruny/Ryner 2003), während sich die neoliberale Liberalisierungs- und Deregulierungsdynamik innerhalb des gemeinsamen Wirtschaftsraumes nach wie vor durchsetzt. Ein wichtiger Grund für diese Entwicklung besteht darin, dass sich der europäische Wirtschaftsraum im Zuge des EG-Binnenmarktes und der WWU – was den Handel und die Direktinvestitionen anbetrifft – selbst globalisiert hat, was wiederum Verschiebungen innerhalb der europäischen Kräftekonstellation implizierte. Während die Gewerkschaften und Linksparteien durch die Liberalisierungsdynamik unter Druck gerieten und deutlich an Einfluss verloren, fiel es den Wirtschaftsverbänden, TNKs und marktliberal orientierten Parteien – ob konservativer, liberaler oder neu-sozialdemokratischer Provenienz – relativ leicht, sich in der Europapolitik zu profilieren (Balanyá et al. 2000). Die Initiierung und Umsetzung des EG-Binnenmarktes, der WWU, der Finanzmarktintegration und auch der EU-Osterweiterung wurden nicht nur durch die Europäische Kommission und die nationalen Regierungen vorangetrieben, sondern – diskursiv – auch durch transnationale Wirtschaftsverbände und europäische Think Tanks beeinflusst. Dieses Netzwerk hegemonialer Kräfte mag im Einzelfall immer wieder gezwungen sein, Konzessionen zu machen und Kompromisse einzugehen. Die Souveränität des transnationalen Kapitals, die Reorganisation von Staat, Ökonomie und Gesellschaft gemäß der eigenen Vorstellungen zu gestalten, wird hierdurch jedoch zunehmend weniger beeinträchtigt (Holman 2005). Entsprechend dominant sind denn auch die folgenden Tendenzen (Gill 2000, 42ff.):

- ein „disziplinierender Neoliberalismus" in der europäischen Ökonomie, der durch die Ausweitung und Intensivierung von Markt- und Wettbewerbsbeziehungen die gesellschaftlichen und politischen Akteure – vor allem die abhängig Beschäftigten, Gewerkschaften und Regierungen – einem permanenten Disziplinierungsdruck aussetzt;
- ein „neuer Konstitutionalismus", der die privaten Eigentumsrechte,

Investitionsfreiheiten und Wettbewerbsimperative vertraglich, institutionell und regulativ festschreibt und damit die Grundsätze und Regeln einer neoliberalen Wirtschaftsverfassung dem unmittelbaren Einfluss demokratischer Kontrollorgane entzieht;
- und eine „Kultur des Marktes", die über den Siegeszug des besitzindividualistischen Denkens, das Leitbild der marktvermittelten Nutzenmaximierung und den Glauben an die produktiven Effekte eines möglichst umfassenden Wettbewerbs maßgeblich dazu beiträgt, dass die tradierten arbeits- und sozialpolitischen Arrangements und Formen des sozialen Ausgleichs auch ideologisch unterminiert werden.

Globalisierung „nach außen"

In der Vergangenheit hatte sich die kritische politische Ökonomie in erster Linie mit der Frage befasst, wie, warum und mit welchen Folgen diese Tendenzen innerhalb Westeuropas zum Tragen kommen. Zuletzt richtet sich der Blick verstärkt aber auch darauf, ob und wie die EU diese Prozesse auch außerhalb des eigenen Rechts- und Wirtschaftsgebietes zur Geltung bringt. Was die Einflussnahme auf den Welthandel und die internationalen Währungs- und Finanzbeziehungen anbetrifft, so spielt sicherlich eine Rolle, dass die europäischen TNKs – z.B. vermittels des European Services Forum (ESF) – ihre handels–, währungs- und finanzmarktpolitischen Interessen zunehmend offensiv artikulieren.

Auf dem Feld der internationalen Handelspolitik führt grundsätzlich die EU-Kommission die Verhandlungen für die Europäer, allerdings besteht eine gemischte Zuständigkeit von EU und Mitgliedstaaten. Noch in der jüngeren Vergangenheit musste der Ministerrat einstimmig entscheiden und die Mitgliedstaaten die Abkommen ratifizieren. Der durch Volksabstimmungen in einzelnen Mitgliedstaaten inzwischen in Frage gestellte europäische Verfassungsvertrag sieht vor, dass zukünftig in einer Vielzahl von Fällen qualifizierte Mehrheiten ausreichen sollen. Außerdem sollen Handelsabkommen nicht mehr von den nationalen Parlamenten ratifiziert werden, sondern nur noch der Zustimmung des Europäischen Parlaments bedürfen. Das Prinzip der Einstimmigkeit gilt nur noch bei Handelsabkommen, die auf die Liberalisierung von Dienstleistungen in den Bereichen Bildung, Soziales und Gesundheit zielen.

Doch unabhängig davon drängt die EU bereits jetzt, d.h. im Rahmen des Dienstleistungsabkommens GATS, offensiv auf weitere Liberalisierungsschritte (Fritz 2004). Nach Ansicht der EU sollen die Entwicklungsländer mehr Engagement beim GATS zeigen und die Umsetzung der Singapur-Themen – Investitionen, öffentliches Beschaffungswesen, Wettbewerb, Handelserleichterungen – akzeptieren. Insbesondere transnational operierende Dienstleistungsunternehmen haben ein Interesse an einem erweiterten Marktzutritt und der Ausschaltung handelshemmender

staatlicher Regelungen. Nach Vorbild der Coalition of Service Industries (CSI), einer Lobby von US-Unternehmen, gründeten europäische Dienstleistungsunternehmen 1999 das European Services Forum (ESF). Dieses kooperiert eng mit der EU-Kommission und stärkt mit seiner Unterstützung die Liberalisierungsforderungen der EU (Fritz/Scherrer 2002, 11; vgl. auch S. Schunter-Kleemann in diesem Heft).

Auch nach dem Scheitern der WTO-Ministerkonferenz in Cancún verfolgt die EU gegenüber den Entwicklungsländern eine Politik der Marktöffnung. Allerdings schiebt sich neben die multilaterale zunehmend eine bilaterale Ebene. So versucht die EU verstärkt, ihre Liberalisierungsvorhaben über regionale Handelsabkommen mit dem Mercosur, den ASEAN-Staaten und den AKP-Staaten durchzusetzen (Schilder et al. 2005).

Während die EU im Bereich der internationalen Handelspolitik als ein global handlungsfähiger Akteur klar erkennbar in Erscheinung tritt, ist auf dem Feld der internationalen Finanz- und Währungspolitik aufgrund der noch immer dominanten nationalstaatlichen Vertretungsansprüche eine einheitliche europäische Position nur rudimentär zu identifizieren. Im Gegensatz zur WTO gibt es in den Gremien der Weltbank oder des IWF keine gemeinsame europäische, sondern nur eine einzelstaatliche Repräsentanz. Diese Konstellation einer Spaltung entlang nationaler Grenzen steht im Widerspruch zur europäischen Integration der Währungs- und Finanzmärkte, die vor allem durch die WWU und den 1998 verabschiedeten Aktionsplan für Finanzdienstleistungen zuletzt sehr dynamisch vorangeschritten war. Der entstehende europäische Finanzmarkt konkurriert zwar mit anderen Regionen, insbesondere den USA, um die Attraktion globaler Finanzströme, und der Euro konkurriert mit dem US-Dollar um die Rolle des Weltgeldes (Schmidt 2005). Aber die Akteure, die das Projekt eines Finanzbinnenmarktes tragen – die EU-Kommission, nationale Regierungen, unterstützt von Organisationen der Finanzbranche, Wirtschaftswissenschaftlern und der Wirtschaftspresse –, verfolgen keinen Ansatz, der sich in seinem Charakter vom US-Modell unterscheiden würde (Grahl 2004). Im Gegenteil, die dynamische Entwicklung der US-Ökonomie in den späten 1990er Jahren bildete in gewisser Weise das Leitbild, an dem sich die im Jahr 2000 von der EU in Lissabon beschlossene Wettbewerbsstrategie orientieren sollte. Angesichts dieser engen Anlehnung an die US-Entwicklung kann es eigentlich nicht verwundern, dass die EU im Bereich der Währungs- und Finanzmarktpolitik auf einen eigenständigen internationalen Gestaltungsansatz bislang verzichtet und sich statt dessen den Strukturen des „Dollar-Wall Street Regimes“ unterwirft (Gowan 1999).

Neben der Reorganisation der globalen Ökonomie ist in den letzten Jahren die Frage nach einer sicherheitspolitischen Komponente in der EU-Außenpolitik auf die Agenda gerückt. In einer nach dem Ende des Ost-West-Konflikts veränderten weltpolitischen Lage hat die EU in den neunziger Jahren ihre sicherheits- und militärpolitischen Kapazitäten

schrittweise ausgebaut. Seinen vorläufigen Höhepunkt erreichte der Aufbau eines EU-Militärs mit dem auf dem Gipfel in Helsinki im Jahr 1999 getroffenen Beschluss, bis 2003 eine EU-Eingreiftruppe mit 60.000 Soldaten zu schaffen. Die ESVP, weitere Gremien zur Koordination innerhalb der GASP, das Amt eines „hohen Vertreters" für die GASP und schließlich der im EU-Verfassungsvertrag definierte Posten eines europäischen Außenministers sind Indikatoren einer weiteren Institutionalisierung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (Heidbrink 2005, 35).

Die Osterweiterung der Union zeigt anschaulich, wie die EU die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung jenseits ihres Hoheitsgebietes beeinflusst. Hatten zu Beginn der 1990er Jahre noch in erster Linie die internationalen Finanzinstitutionen – die Weltbank und der IWF – die marktliberalen Reformen in den osteuropäischen Staaten gefördert, so übernahm mit der Eröffnung einer Beitrittsperspektive diese Rolle zunehmend die EU. Zunächst sicherte sie in einem ersten Schritt mit den Europa-Abkommen von 1991 die Politik der Marktliberalisierung ab, indem sie die Kandidaten bereits vor ihrem möglichen Beitritt zu Liberalisierungen verpflichtete. In einem zweiten Schritt wurden mit den 1997 beschlossenen Beitrittspartnerschaften den osteuropäischen Staaten umfassende und detaillierte Reformen auferlegt. Hierbei ging es vor allem um die Privatisierung und Restrukturierung von Unternehmen, die „Verschlankung" der sozialen Sicherungssysteme und die Übernahme des acquis communautaire. Insgesamt gelang es der EU durch diese Maßnahmen, ihr Modell eines „disziplinierenden Neoliberalismus" auf die Länder Mittel- und Osteuropas auszudehnen (Bohle 2004).

Die Europäische Union: ein imperialer Globalisierungsakteur?

Vor dem Hintergrund der Spannungen, die sich im Vorfeld des Irak-Krieges zwischen den USA und einigen europäischen Staaten wie Deutschland und Frankreich offenbarten, ist inzwischen eine Debatte in Gang gekommen, in der angesichts der wachsenden Gewaltförmigkeit globaler Beziehungen das Aufkeimen eines neuen Imperialismus konstatiert wird (Harvey 2005; Kößler 2003; Deppe et al. 2004). Die meisten Analysen richten ihr Augenmerk dabei auf die USA und die Politik der Bush-Regierung. Da aber auch die EU ein Akteur ist, der die Globalisierung nach innen und außen aktiv mitgestaltet, stellt sich die Frage nach den imperialen Zügen europäischer Politik (Deppe 2005).

In der Debatte um die Frage, ob erste Konturen eines Euro-Imperialismus erkennbar sind, ist zunächst umstritten, inwiefern die EU einen gegenüber den Vereinigten Staaten selbständigen Machtblock bildet oder nur die Rolle eines Juniorpartners einnimmt. Letztere Position vertreten etwa Leo Panitch und Sam Gindin (2003), die im US-amerikanischen Staat eine Art globalen Staat sehen, der in einem transnationalen amerikanischen Empire Ordnung

hält, Krisen bewältigt und Widersprüche bearbeitet. Die Europäer eifern, etwa in der Finanzmarktintegration, dem US-Vorbild nach und haben kein Interesse, die US-Dominanz anzutasten. Andere argumentieren hingegen, dass sich die EU von den USA zunehmend emanzipieren und sich in der internationalen Handels–, Währungs- und Sicherheitspolitik den Versuchen der US-amerikanischen Kontextsteuerung zunehmend entziehen (Gowan 2003). Die Formulierung einer offensiv ausgerichteten Liberalisierungsagenda in der internationalen Handelspolitik oder die Herausforderung des Dollars durch den Euro, aber auch die Militarisierung der Europäischen Union lassen sich als Indizien dafür interpretieren (Neuber 2004; Oberansmayr 2004), dass sich die EU zu einem von den USA zunehmend unabhängigen weltpolitischen Machtfaktor entwickelt.

Ob und inwiefern die EU ein ziviler oder ein imperialer Globalisierungsakteur ist, bleibt jedoch umstritten, was auch an unterschiedlichen Imperialismusdefinitionen liegt. Einige begreifen die Kombination aus verstärkter ökonomischer Krisenhaftigkeit im Anschluss an das Ende des Wirtschafts- und Börsenbooms der späten 1990er Jahre und aus militärischen Interventionen wie dem Irak-Krieg als Ausdruck einer neuen Phase kapitalistischer und imperialistischer Entwicklung, die vornehmlich von Prozessen der Enteignung bzw. privaten Aneignung geprägt ist. Imperialismus wird dabei verstanden als „eine tief mit der Natur des Kapitalismus verwobene, hierarchische und interdependente globale Realität." (Zeller 2004, 111) Andere sehen die Verknüpfung zwischen der kapitalistischen Akkumulationsdynamik und mit ihr korrespondierenden politischen Herrschaftsstrategien weitaus lockerer. So müssen die Herrschaftsstrategien, derer sich die EU als kapitalistisches Machtzentrum bedient, nicht zwangsläufig imperialen Charakter haben, sondern können auch hegemonial sein (Bieling 2005). Dies gilt zumindest dann, wenn Imperialismus als eine vorrangig auf Zwang und Gewalt, Hegemonie hingegen als eine primär auf Konsens basierende internationale Herrschaftsform definiert wird.

Bislang stehen einer offensiv-imperialistischen Strategie der Europäischen Union nach wie vor viele Hindernisse entgegen: vor allem die fragmentierten europäischen Kompetenzen in den klassischen nationalstaatlichen Souveränitätsbereichen der internationalen Währungs- und Finanzmarktpolitik und vor allem der Sicherheits- und Militärpolitik. Nicht ohne Grund repräsentiert die EU daher für viele noch immer das Modell einer zivilen, allenfalls regionalen Ordnungsmacht, die militärische Interventionen keineswegs ausschließt, primär jedoch auf Formen einer multilateralen, kooperativen und rechtsbasierten Politik vertraut, um den Konsens der Beherrschten zu organisieren (Rifkin 2004; Müller 2003, 181ff.). Um die Differenz zwischen der EU- und US-Politik zu erfassen, ist die begriffliche Unterscheidung zwischen Imperialismus und Hegemonie mithin hilfreich. Sie birgt allerdings auch die Gefahr, die EU als kooperative Hegemonialmacht im Kontrast zu den USA zu idealisieren und die bereits

verfügbaren Zwangs- und Gewaltinstrumente europäischer Politik aus dem Blick zu verlieren. So mag die EU derzeit noch weit davon entfernt sein, eine kohärente – über den regionalen Nahraum hinausweisende – euro-imperiale Strategie zu verfolgen.

Seit einiger Zeit forcieren Regierungspolitiker, die Rüstungsindustrie sowie Intellektuelle, einflussreiche Think Tanks und Journalisten jedoch den Diskurs über die Notwendigkeit einer neuen, militärisch gestützten europäischen Außenpolitik (so z.B. Münkler 2004). Sie drängen damit – zumindest indirekt – auf einen Strategiewechsel, gemäß dessen sich die EU als ein neues Imperium begreifen soll, das die sicherheitspolitischen Entscheidungsverfahren strafft und die militärischen Kapazitäten weiter ausbaut, um die eigenen (geo-)politischen Ziele effektiv zu verfolgen und die Glaubwürdigkeit der internationalen Gewaltandrohung zu untermauern.

Literatur

Balanyá, Belén / Doherty, Ann / Hoedeman, Olivier / Ma'anit, Adam / Wesselius, Erik, 2000: Europe Inc. Regional & Global Restructuring and the Rise of Corporate Power. London

Beckmann, Martin / Bieling, Hans-Jürgen / Deppe, Frank, 2003: „Euro-Kapitalismus": begriffliche Provokation oder heuristische Analysekonzeption? In: Beckmann, Martin / Bieling, Hans-Jürgen / Deppe, Frank (Hrsg.): „Euro-Kapitalismus" und globale politische Ökonomie. Hamburg

Bieling, Hans-Jürgen, 2005: Die Europäische Union: Juniorpartner der USA, rivalisierende Großmacht oder Alternativmodell? In: Holman, Otto u.a.: Euroimperialismus? FEI-Studie Nr. 20, Marburg, Forschungsgruppe Europäische Integration

Bieling, Hans-Jürgen / Deppe, Frank, 2003: Die neue europäische Ökonomie und die Transformation von Staatlichkeit In: Jachtenfuchs, Markus / Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Europäische Integration. Opladen

Bieling, Hans-Jürgen / Schulten, Thorsten, 2003: Competitive Restructuring and Industrial Relations within the European Union: Corporatist Involvement and Beyond? In: Cafruny, Alan / Ryner, Magnus (Hrsg.): The Political Economy of the European Union. Lanham

Bohle, Dorothee, 2003: Osterweiterung der EU – Neuer Impuls oder Rückschlag für die europäische Integration? In: Beckmann, Martin / Bieling, Hans-Jürgen / Deppe, Frank (Hrsg.): „Euro-Kapitalismus" und globale politische Ökonomie. Hamburg

Bohle, Dorothee, 2004: The EU and Eastern Europe: Failing the Test as a Better World Power. In: Panitch, Leo / Leys, Colin (Hrsg.): The Empire Reloaded. Socialist Register 2005, London.

Cafruny, Alan / Ryner, Magnus (Hrsg.), 2003: A Ruined Fortress? Neoliberal Hegemony and Transformation in Europe. Lanham et al.

Deppe, Frank, 2005: Fragen zum „Euroimperialismus". In: Holman, Otto et al.: Euroimperialismus? FEI-Studie Nr. 20, Marburg, Forschungsgruppe Europäische Integration

Deppe, Frank / Heidbrink, Stephan / Salomon, David / Schmalz, Stefan / Schoppengerd, Stefan / Solty, Ingar 2004: Der neue Imperialismus. Heilbronn

Derrida, Jaques / Habermas, Jürgen, 2003: Unsere Erneuerung. In: FAZ, 31. Mai

Europäische Sicherheitsstrategie, 2003: Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Brüssel

European Commission, 2003: Wider Europe – Neighbourhood: A New Framework for Relations with our Eastern and Southern Neighbours. Brüssel

Fritz, Thomas / Scherrer, Christoph, 2002: GATS: Zu wessen Diensten? Öffentliche Aufgaben unter Globalisierungsdruck. Hamburg

Fritz, Thomas, 2004: Daseinsvorsorge unter Globalisierungsdruck. In: Lorenz, Frank / Schneider, Günter (Hrsg.): Wenn öffentliche Dienste privatisiert werden. Hamburg

Gill, Stephen, 2000: Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der europäischen Integration. In: Bieling, Hans-Jürgen / Steinhilber, Jochen (Hrsg.): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster

Gowan, Peter, 1999: The Global Gamble. Washingtons Faustian Bid for World Dominance. London / New York.

Gowan, Peter , 2003: U.S. Hegemony Today. In: Monthly Review 55(3).

Grahl, John, 2004: The European Union and American Power. In: Panitch, Leo / Leys, Colin (Hrsg.): The Empire Reloaded, Socialist Register 2005, London

Habermas, Jürgen 2003: Europäische Identität und universalistisches Handeln. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 7

Harvey, David 2005: Der neue Imperialismus. Hamburg

Heidbrink, Stephan 2005: US-Hegemonie und europäische Integration. Die militärpolitische Konfiguration Europas im transatlantischen Spannungsfeld. FEI-Arbeitspapier Nr. 25, Marburg: Forschungsgruppe Europäische Integration

Holman, Otto, 2005: Empire Building in Europe: Asymmetrische Regulierung und die Souveränität des Kapitals. In: Holman, Otto et al.: Euroimperialismus? FEI-Studie Nr. 20, Marburg: Forschungsgruppe Europäische Integration

Kößler, Reinhard, 2003: Imperialismus und Globalisierung. Anmerkungen zu zwei Theoriekomplexen. In: Prokla 33(4)

Müller, Harald, 2003: Amerika schlägt zurück. Die Weltordnung nach dem 11. September. Frankfurt a.M.

Münkler, Herfried, 2004: Europas imperiale Herausforderung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 12

Neuber, Arno, 2004: Die EU auf globalem Interventionskurs. In: Marxistische Blätter, H. 4

Oberansmayr, Gerald 2004: Auf dem Weg zur Supermacht. Die Militarisierung der Europäischen Union. Wien

Panitch, Leo / Gindin, Sam, 2003: Euro-Kapitalismus und amerikanischer Imperialismus. In: Beckmann, Martin / Bieling, Hans-Jürgen / Deppe, Frank (Hrsg.): „Euro-Kapitalismus" und globale politische Ökonomie. Hamburg

Rifkin, Jeremy, 2004: Der Europäische Traum. Die Vision einer leisen Supermacht. Frankfurt a.M./ New York

Rorty, Richard, 2003: Demütigung oder Solidarität. Süddeutsche Zeitung vom 31. Mai 2003

Ruggie, John Gerard, 1982: International Regimes, Transactions and Change: Embedded Liberalism and the Postwar Economic Order. In: International Organization 36(2)

Schilder, Klaus, Deckwirth, Christina, Fuchs, Peter, 2005: Freie Fahrt für freien Handel? Die EU-Handelspolitik zwischen Bilateralismus und Multilateralismus. WEED Papier, Berlin

Schmidt, Ingo, 2005: Ist der Euro ein Gegenprojekt zum Dollar? In: Holman, Otto u.a.: Euroimperialismus? FEI-Studie Nr. 20, Marburg: Forschungsgruppe Europäische Integration

Statz, Albert, 1989: Die Entwicklung der europäischen Integration – ein Problemaufriß. In: Deppe, Frank / Huffschmid, Jörg / Weiner, Klaus-Peter, (Hrsg.): 1992 – Projekt Europa. Politik und Ökonomie in der Europäischen Gemeinschaft. Köln

van Apeldoorn, Bastian, 2000: Transnationale Klassen und europäisches Regieren: Der European Round Table of Industrialists. In: Bieling, Hans-Jürgen / Steinhilber, Jochen (Hrsg.): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster

Zeller, Christian, 2004: Ein neuer Kapitalismus und ein neuer Imperialismus? In: Zeller, Christian (Hrsg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster

Ziltener, Patrick, 1999: Strukturwandel der europäischen Integration. Die Europäische Union und die Veränderung von Staatlichkeit. Münster